

SPD kündigt Zählgemeinschaft

Zum Ende der erfolgreichen, wenn auch nicht einfachen Zusammenarbeit und zum Auslöser - einer Entschließung über die rechtsradikalen Anschläge der letzten Zeit auf

Seite 1 - 3

Leben mit Schwarz-Gelb

Über die Auswirkungen der Politik der Bundesregierung aus CDU und FDP auf Neukölln und darüber hinaus auf

Seite 3 - 6

Öko-Mode aus Neukölln

Ein Portrait der Neuköllner Modeschöpferin Magdalena Schaffrin auf

Seite 8

Neuköllner Stachel

Bündnis 90/Die Grünen (Europäische Grüne Partei) in Neukölln

Nr. 170, März 2010

SPD BEENDET ZÄHLGEMEINSCHAFT MIT DEN GRÜNEN

Wir können auch Opposition

Die tief verunsicherte Neuköllner SPD beendet die seit neun Jahren zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN bestehende Zählgemeinschaft. Ab jetzt streiten wir wieder für grün pur im Bezirk.

Es begann mit einer Resolution der Grünen-Fraktion zur Verurteilung rechter Gewalt. Anlass war eine Reihe von Vorfällen: Ladenlokale von Neuköllner Vereinen, Initiativen und Parteien wurden mit rechten Parolen beschmiert, Schaufenster eingeschlagen und Schlösser unbrauchbar gemacht. Rechtsradikale Straftaten sind schon länger ein Problem im Bezirk. Immer wieder wurden besonders im Süden des Bezirks MigrantInnen und Andersdenkende angepöbelt und zusammengeschlagen. 2008 erreichten die fremdenfeindlichen Übergriffe mit zwei Brandanschlägen auf bewohnte Häuser im Blumenviertel ihren traurigen Höhepunkt.

Unsere Resolution wollte insbesondere die SPD nicht mittragen. Stattdessen sollte sie kurzerhand in eine Verurteilung politisch motivierter allgemein umgemünzt werden – Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus inklusive. Eine solche Gleichsetzung verkennt jedoch den menschenverachtenden Charakter rechtsradikaler Ideologien, ist historisch falsch und wird der Realität in Neukölln nicht gerecht.

Rechts- und Linksextremismus nicht gleichsetzen

Rechts- und Linksextremismus sind nicht dasselbe. Die Neuköllner CDU negiert jedoch sogar offen alle Unterschiede: „Die einen rufen Ausländer raus, die anderen rufen Schwaben raus“. Kein Wort darüber, dass seit der Wiedervereinigung deutschlandweit offiziell 149 Menschen durch rechtsradikale Gewalt ums Leben kamen. Kein Wort darüber, dass es zuletzt 2008 zwei rassistisch motivierte Brandanschläge auf bewohnte Häuser in Neukölln gab und die NPD im Rahmen des Bundestagswahlkampfes Drohbriefe an Neuköllner PolitikerInnen mit Migrationshintergrund verschickte.

Auch für die schwarz-gelbe Bundesregierung gibt es nur noch Extremismus. Eine gezielte Bekämpfung kann so nicht funktionieren. Täter und Hintergründe der Taten sind dafür viel zu unterschiedlich. Traurig, dass nun auch die Neuköllner SPD auf diese Linie eingeschwenkt ist. Aber Differenzierung war auch in der Vergangenheit nicht unbedingt die Sache von Bezirksbürgermeister Buschkowsky. Wohlgekannt: Keine der anderen Fraktionen hatte von sich aus eine Entschließung gegen linksextreme

Gewalt eingebracht. Die Verurteilung linker Gewalt war den anderen Fraktionen offensichtlich nur im Kontext der Verurteilung rechter Gewalt wichtig. Am Ende stimmten sogar die beiden Bezirksverordneten der NPD für die Resolution.

Gewalt klar verurteilen

Um Missverständnissen vorzubeugen: Die Neuköllner Grünen sind nicht gegen eine Verurteilung linksradikaler oder autonomer Gewalt. In den letzten Monaten kam es zu mehreren Sachbeschädigungen an Neuköllner Quartiersmanagementbüros. Solche Angriffe sind inakzeptabel. Ihnen muss entschieden begegnet werden. Die Quartiersmanagements leisten wichtige und richtige Arbeit. Aber selbst wenn es anders wäre, wären die Anschläge durch nichts zu entschuldigen. Gewalt und Einschüchterungen dürfen kein Mittel der Politik sein, nicht in Neukölln und auch sonst nirgendwo. Diese Anschläge stehen aber in keinem Zusammenhang mit den rechtsradikalen Gewalttaten. Wir haben daher vorgeschlagen, sie in einer separaten Entschließung zu verurteilen. Das wurde von der SPD abgelehnt. Stattdessen stilisierte sie die Entschließung zur Frage an der sich das Fortbestehen der Zählgemeinschaft entschied.

Die SPD wollte keine Einigung

Dass die SPD die Zählgemeinschaft tatsächlich platzen ließ, ist mit der Sache allein nicht zu erklären. Die grüne Fraktion hat zahlreiche Kompromissvorschläge unterbreitet: eine zweite Resolution mit der Verurteilung der Anschläge auf die Quartiersmanagements, das Zurückziehen der Entschließung, einen eigenen Absatz, in dem die Anschläge auf die Quartiersbüros verurteilt werden. Doch über keinen dieser Vorschläge wollte die SPD auch nur nachdenken.

Der letztlich von der grünen Fraktion eingebrachte Änderungsantrag hat die Einschüchterungen und Übergriffe auf die QM-Büros entschieden verurteilt – allerdings in der Formulierung klarer und analytisch sauberer. Die eilig umgewidmete Resolution ließ dagegen all das vermissen: „Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Geschichtsvergessenheit“ sind wohl kaum die hervorstechenden Merkmale von Linksextremismus, wie es die beschlossene Resolution suggeriert. Generell krank

die Debatte an einer klaren Definition oder einer wirklichen Auseinandersetzung mit dem Phänomen Linksextremismus. Stattdessen wird der Begriff bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit auf den Tisch gebracht.

In der Vergangenheit ist es immer wieder vorgekommen, dass die Fraktionen der Zählgemeinschaft unterschiedlich abgestimmt haben. Zuletzt hat die SPD im Januar einer Entschließung von Linken und Grünen die Zustimmung verweigert, nach der Hartz-IV-EmpfängerInnen das in Folge der jüngsten Erhöhung irrtümlich zu viel überwiesene Kindergeld behalten dürfen sollen. Warum die SPD das Fortbestehen der Zählgemeinschaft nun von einer vergleichsweise folgenlosen Resolution abhängig gemacht hat, bleibt ihr Geheimnis.

Für die Neuköllner SozialdemokratInnen waren offensichtlich andere Gründe ausschlaggebend. Es scheint, als wollten sie nun verfrüht den Wahlkampf einleiten und sich hierfür von den Fesseln der Zählgemeinschaftsverpflichtung befreien. Dies mag als Panikreaktion angesichts des desaströsen Abschneidens der SPD bei der Bundestagswahl und der schlechten Umfragewerte nachvollziehbar sein. Eine Politik zum Wohl des Bezirks sieht jedoch anders aus.

Grün pur für Neukölln

Das Bündnis mit der Sozialdemokratie in Neukölln war nie eine Liebesheirat. Die zuweilen populistischen Äußerungen des Bürgermeisters waren für Grüne oft schwer erträglich. Auch bei vielen Sachfragen unterscheiden sich die Positionen zwischen SPD und Grünen. Die Integrations- und auch Teile der Verkehrspolitik sind als Beispiele zu nennen. Besonders weit auseinander gehen die Vorstellungen bei der BürgerInnenbeteiligung. Der grünen Fraktion lag immer daran, Politik im Dialog und auch in der kontroversen Diskussion mit den BürgerInnen unseres Bezirks zu gestalten.

Wir werden auch in Zukunft Sachfragen in den Vordergrund stellen und noch offensiver für grüne Lösungen und Konzepte werben. Dafür setzen wir auf unsere guten Argumente und auf wechselnde Mehrheiten. Am vorgezogenen Wahlkampf, den die SPD ausgerufen hat, werden wir uns dagegen nicht beteiligen.

Jochen Biedermann und
Hanna Schumacher

NEUKÖLLNS SCHÖNE SEITEN

Unbekannte Orte



Neuköllns schöne Seiten ist nicht nur der Titel einer seit Jahr und Tag an dieser Stelle befindlichen Rubrik, sondern seit 2006 auch der Titel einer Veranstaltungsreihe von Bündnis 90/Die Grünen. Sie führt zu schönen Plätzen und Parks in unserem Bezirk, die es (wieder) zu entdecken gilt.

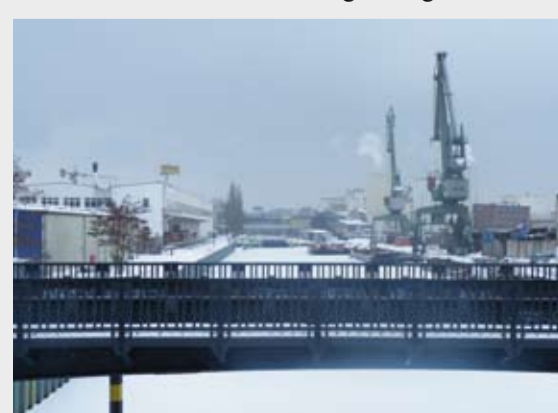
In der letzten Staffel ging es um eher unbekanntere Orte: Den Auftakt machten wir in diesem Jahr im Januar mit dem Besuch der BVG-Betriebswerkstatt Britz. Mit der Verlängerung der U-Bahnlinie 7 nach Britz-Süd wurde 1963 das über 180.000 m² große Gelände zwischen Gutschmidtstraße und Buckower Damm an das Berliner U-Bahnnetz angeschlossen. 1971 wurde die Werkstatt in Betrieb genommen. Sie war auf Grund der Streckenerweiterung und dem größerem Wagenpark im West-Berliner Großprofilnetz erforderlich. Zunächst war die Werkstatt nur für den Wagenpark auf der U7 (Fehrbelliner Platz - Zwickauer Damm) zuständig. Die beiden Fahrzeughallen umfassten 10.500 m² mit 14 Gleisen. Mit der Streckenerweiterung nach Spandau begann 1984 der Ausbau einer 130 Meter langen und 82 Meter breiten Halle mit 5 Grubengleisen sowie die Erweiterung der Abstellgleise für 96 Fahrzeuge. Das Stellwerk wurde bis 1988 völlig erneuert. Auf dem Gelände befindet sich auch die Bahnmeisterei für die Instandhaltung der

Bahnanlagen. Die Fahrzeuge für den Baudienst sind meist nur in den Tagesrandzeiten im Streckennetz unterwegs.

Bei unserer zweiten Veranstaltung im Februar erläuterte Udo Dittfurth von der Planergemeinschaft Dubach Kohlbrenner bei einem mehrstündigen Rundgang die vielfältigen Aktionen und Planungen im Zusammenhang mit dem „Stadtumbau West Neukölln-Südring“ rund um den Britzer Hafen.



Der BSR Recyclinghof in der Gradestraße war im März Ziel einer Exkursion. Der Recyclinghof nimmt Abfälle aus Privathaushalten an, die im Land Berlin angefallen sind. Neben dem Recyclinghof gibt es hier eine stationäre Annahmestelle für Schadstoffe wie Batterien, Farben oder Leuchtstoffröhren. Für viele Stoffe ist die Anlieferung entgeltfrei; für manche ist ein geringes Entgelt zu entrichten oder es gibt Mengenbegrenzungen. Auf der Seite www.bsr-verschenkmart.de gibt es übrigens einen kleinen Tauschmarkt für gebrauchte Gegenstände.



Eine Fortsetzung der „Schönen Seiten“ ist geplant. Wenn Sie Interesse an unseren schönen Rundgängen haben oder selbst Orte kennen, die Sie schon immer einmal besichtigen wollten, wenden Sie sich bitte an die Stachel-Redaktion.

Bertil Wewer

INTERVIEW

„Die Arbeit in der BVV wird spannender“

Bernd Szczepanski, Mitglied der grünen Fraktion in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung, über das Ende der Zählgemeinschaft, Differenzen mit der SPD, grüne Projekte und das autokratische Politikverständnis von Bezirksbürgermeister Buschkowsky.



Neuköllner Stachel: Die SPD hat die Zählgemeinschaft mit Bündnis 90/Die Grünen aufgekündigt. Warum?

Bernd Szczepanski: Darüber können wir nur rätseln. Zwar hatte es in den vergangenen Monaten immer wieder Differenzen in einigen Politikfeldern gegeben, aber gerade deshalb hatten wir eine Klausurtagung mit den an der Zählgemeinschaft beteiligten Parteien vereinbart, um darüber zu reden. Ziel war die Fortsetzung der Zählgemeinschaft bis zur Wahl 2011. Konkreter Anlass der Aufkündigung der Zählgemeinschaft war dann die Weigerung unserer Grünen-Fraktion, eine von uns in die BVV eingebrachte Entschließung gegen rechtsextremistische Anschläge in Neukölln auch auf linksextremistische Aktivitäten auszuweiten. Obwohl wir Gewalt zur Durchsetzung politischer Forderungen grundsätzlich ablehnen, waren wir nicht bereit, Rechts und Links undifferenziert in einem Atemzug zu nennen, da beide Phänomene unterschiedliche Herangehensweisen erfordern. Auf unseren Vorschlag, eine zweite Entschließung einzubringen oder wenigstens die Vorlage so zu ändern, dass der Unterschied deutlich wird, wollte die SPD unter keinen Umständen eingehen.

Klingt irgendwie vorgeschoben.

Das ist es meiner Meinung nach auch. Natürlich ist der SPD klar, dass es seit jeher grüne Politik ist, einen klaren Trennungsstrich zwischen Rechts- und Linksextremismus zu ziehen. Das ist notwendig, um auf beide Erscheinungen angemessen reagieren zu können. Wenn die SPD einen Kompromiss hätte finden wollen, wäre das möglich gewesen.

Warum konnten die Grünen der Entschließung nicht zustimmen?

Esging um die undifferenzierte Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus. Es ist für uns ganz klar, dass die menschenverachtende Ideologie der Rechten eine ungleich größere Gefahr für eine demokratische Gesellschaft darstellt als Aktionen von Linken oder Autonomen. Außerdem sind Täter und Motive in beiden Fällen sehr unterschiedlich. Gewalt zur Durchsetzung politischer Programme wollen auch wir ächten und bekämpfen. Dies wird aber nicht gelingen, wenn alles in einen Topf geworfen wird, anstatt differenzierte Konzepte zu entwickeln. Auf Bundesebene gibt es leider deutliche Entwicklungen in diese Richtung, so will Schwarz-Gelb

die etablierten und bewährten Programme gegen Rechtsextremismus nun einfach umfunktionieren, um damit gleichzeitig „Linksextremismus“ und „Islamismus“ zu bekämpfen. Das schwächt die Strukturen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, bringt aber im Umgang mit den völlig anders gearteten Problemen des Islamismus oder linker Gewalt wenig. Es wäre fatal, wenn man sich in Neukölln diesem falschen Vorgehen anschließen würde.

Haben die Grünen einen ungeklärten Gewaltbegriff?

Ganz und gar nicht! Seit den 80er Jahren, als das Thema (nicht nur bei uns) eingehend diskutiert wurde, haben wir unmissverständlich klar gemacht, dass wir Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ablehnen und verurteilen - ohne Ausnahme und egal mit welcher Begründung auch immer.

Seit 2001 hat die Zusammenarbeit funktioniert. Warum jetzt auf einmal nicht mehr?

Die Grünen sind in den letzten Jahren auch in Neukölln immer stärker und damit auch selbstbewusster geworden. Fraktion und Kreisverband haben zunehmend eingefordert, über die in der Zählgemeinschaftvereinbarung aufgeführten Punkte hinaus politische Entscheidungen im Bezirk mehr als bisher mitzubestimmen und zu gestalten. Einige Leuchtturmprojekte, wie z.B. Campus Rütli, wurden von allen Partnern der Zählgemeinschaft mitgetragen und durchgesetzt, was aber in der öffentlichen Darstellung oftmals kaum zum Ausdruck kam.

Mit Buschkowsky haben sich die Grünen nie leicht getan. Ist auch ein wenig Erleichterung dabei?

Mit Buschkowsky gab es in der Tat immer wieder Differenzen auf mehreren Politikfeldern. Er neigt dazu, seine Ressorts autokratisch zu verwalten - vereinfacht gesagt: er will überall mitreden, ist aber nicht bereit, der BVV Einblick in seine Ressorts zu gewähren. Das gilt vor allem für die Entscheidungen der Verwaltung, die die Quartiersmanagement-Gebiete betreffen, oder die Bestrebungen der Grünen, die energetische Sanierung bezirklicher Gebäude voranzutreiben. Auch waren wir in der Vergangenheit mehrfach verärgert über seine populistischen Ausfälle gegen MigrantInnen oder Hartz IV-EmpfängerInnen, denen pauschal Integrationsunwilligkeit

oder soziale „Hängemattenmentalität“ unterstellt wurde. Nach solchen Ausfällen gab es immer heftige Wortgefechte in der Bezirksverordnetenversammlung. Aus Rücksicht auf die Zählgemeinschaft haben wir uns manches Mal aber auch mit öffentlicher Kritik zurückgehalten. Damit ist es jetzt vorbei.

Wo liegen die Differenzen mit der SPD auf Bezirksebene?

Unsere Vorschläge, Bürgerinnen und Bürger stärker an Entscheidungen im Bezirk zu beteiligen, z.B. bei Bau- und Verkehrsvorhaben oder bei der Aufstellung des Bezirkshaushalts, stießen selten auf Gegenliebe bei der SPD. Unser Anliegen, über die (auf Wunsch der SPD) in der Zählgemeinschaftvereinbarung vorgesehene Sanierung von Radwegen hinaus den Bezirk fahrradfreundlicher zu gestalten, z.B. durch das Anlegen von Fahrradstreifen, wurde regelmäßig ausgetrieben. Bisher sind nur in der Karl-Marx-Straße Fahrradstreifen geplant - eine Vorgabe der Senatsverwaltung. Auch in der Integrationspolitik wollen wir eine echte Partizipation von NeuköllnerInnen ausländischer Herkunft erreichen, während der Bürgermeister auf paternalistische Strukturen setzt, die MigrantInnen bevormunden, statt ihre Kompetenzen für eine verbesserte Integrationspolitik zu nutzen.

Wie geht es jetzt weiter im Bezirk?

Wir haben nach wie vor viele Politikfelder, auf denen wir mit der SPD (und der Linken) ähnliche Interessen verfolgen und gemeinsame Politik für den Bezirk gestalten wollen. Dies haben wir der SPD so auch angeboten und ich gehe davon aus, dass das auch in deren Interesse liegt. In anderen Fällen werden wir versuchen, auch mit anderen demokratischen Parteien in der BVV Mehrheiten für unsere Vorhaben zu organisieren. Ich bin zuversichtlich, dass wir weiterhin viel bewegen können und erwarte auch, dass die Arbeit in der BVV noch spannender wird, als sie in den letzten Jahren bereits war.

Stichwort ZÄHLGEMEINSCHAFT

Eine Zählgemeinschaft ist eine Art kleiner Koalition auf Bezirksebene. Ihr formaler Zweck besteht in der Wahl der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters. Nach dem Gesetz steht dieser Posten der stärksten Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung zu. Bildet sich jedoch eine Zählgemeinschaft, die zusammen stärker ist als die stärkste Fraktion, geht das Vorschlagsrecht auf diese über.

In Neukölln gab es seit 2001 eine Zählgemeinschaft. Damals war die CDU stärkste Kraft, SPD, Grüne und Linke wählten jedoch zusammen Heinz Buschkowsky zum Bezirksbürgermeister. Nach der Wahl 2006 gab es eine Neuaufgabe - obwohl inzwischen wieder die SPD stärkste Fraktion geworden war.

LEITARTIKEL

Warum rechte und linke Gewalt nicht in einen Topf gehört

von Katharina Ugowski

Wer Steine oder Brandsätze schmeißt, Fenster einwirft, Leute anpöbelt, einschüchtert oder körperlich attackiert, Autos abfackelt, Wände mit Hetzparolen beschmiert oder auf Schulhöfen Hetzmaterialien verteilt, handelt nicht politisch, sondern schlicht und einfach kriminell und gehört bestraft. Punkt.

Das ist die eindeutige und unmissverständliche Haltung von Bündnis 90/Die Grünen in Neukölln, in Berlin, in ganz Deutschland. Wir lehnen Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ohne Ausnahme ab, ganz egal welches Deckmäntelchen sie sich umhängt oder welche vermeintlich hehren Ziele sie verfolgt. Wer etwas anderes behauptet, lügt.

Wir Grüne sind aber auch dafür bekannt, dass wir die Dinge genau unter die Lupe nehmen und versuchen, differenzierte Antworten auf Fragen zu finden, die sich in der gesellschaftlichen und politischen Debatte stellen. Glaubwürdigkeit, nicht Populismus, ist unser Markenzeichen. Das unterscheidet uns von anderen. Wenn das dazu führt, dass wir an den Stammtischen zuweilen nicht verstanden oder missverstanden werden, halten wir das aus.

Das gilt auch und insbesondere für den Umgang mit Links- und Rechtsextremismus. Es genügt eben nicht zu sagen: Beides ist inakzeptabel, wir verurteilen jede Form von Extremismus und Gewalt. Ein reines „igittigitt“ mit der Gießkanne als politische Botschaft ist nicht nur, zurückhaltend ausgedrückt, ein bisschen armselig. Schlimmer: Es verhindert die Auseinandersetzung mit den jeweils spezifischen Strukturen, Hintergründen und Ideologien, die Rechts- wie Linksextremisten zueigen sind. Es verhindert, gezielte Strategien zu entwickeln, die wirklich helfen im Kampf gegen Extremismus und Gewalt.

Wenn wir das Übel bei der Wurzel packen wollen heißt das: Genau hinschauen, warum bei den einen rechts- und bei den anderen linksextremistische Parolen verfangen, aus welchen Milieus Neonazis, aus welchen Autonome ihren Nachwuchs rekrutieren. Prävention geht nur so, nicht anders. Wir wollen, dass Leute gar nicht erst in die Falle von Rattenfängern jeder Art geraten, oder, wenn es dafür schon zu spät ist, wieder he-

rausgeholt werden können. Nur wenn ich genau weiß, womit die Wurzel gedüngt wird, kann ich ihr den Nährstoff entziehen und dafür sorgen, dass sie keine neuen Triebe entwickelt.

„Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit“, hat der große Sozialdemokrat Kurt Schumacher einmal sehr treffend festgestellt. Zur Realität gehört, dass dem Rechtsextremismus eine geschlossene menschenverachtende Ideologie zugrunde liegt, die sich zum Beispiel 2008 in zwei fremdenfeindlichen Brandanschlägen auf bewohnte Häuser in Rudow manifestiert hat. Die Betrachtung der Wirklichkeit verschwimmt hingegen, wenn unter Linksextremismus diffus alles subsummiert wird - von Globalisierungs- und Gentrifizierungsgegnern über Antifa-Gruppen bis zu radikalen Hartz-IV-Gegnern. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn sich Schumachers Erben - gerade die Neuköllner SPD - ausnahmslos an dessen Leitsatz halten würden.

Aus all diesen Gründen ist es für uns wichtig, zwischen Rechts- und Linksextremismus zu unterscheiden. Wir werden immer wieder deutlich sagen, dass Rechts- und Linksextremismus nicht in einen Topf gehören. Wer behauptet, wir würden damit irgendeine Form von Gewalt relativieren, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, selbst nicht in der Lage - oder schlimmer noch: nicht willens - zu sein, die notwendige Differenziertheit an den Tag zu legen. Billiger Populismus aber hilft im Kampf gegen Extremismus jeder Form nicht weiter (ebenso wenig übrigens wie gegen die Aus- und Abgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen) - im Gegenteil: Er bereitet ihm den Boden.

Katharina Ugowski ist seit Februar 2010 Vorstandssprecherin von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln



Bündnis 90/Die Grünen, Bezirksgruppe Neukölln

Redaktionsadresse:
Neuköllner Stachel,
Bündnis 90/Die Grünen Neukölln,
Berthelsdorfer Straße 9, 12043 Berlin

V.i.S.d.P.:
Jochen Biedermann,
Tel: 0163-2891707

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Jochen Biedermann, Monika Lazar,
Susanne Lippert, Benedikt Lux, Lisa Paus, Mijgan Percin, Michael Schröter, Hanna Schumacher, Katharina Ugowski, Gabriele Vonnekold, Bertil Wewer.

Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt der/die jeweilige AutorIn die Verantwortung.

Druck: Caro-Druck GmbH

VorstandssprecherInnen:
Katharina Ugowski,
Tel: 0170-5403118
Martin Grafe,
Tel: 0170-2408091

Internet:
<http://www.gruene-neukoelln.de>
E-Mail: stachel@gruene-neukoelln.de

EXTREMISMUSDEBATTE

Auf dem linken Auge blind?

Monika Lazar, Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, über den Unterschied von Rechts- und Linksextremismus und ihr Unverständnis für das Verhalten der Neuköllner SPD



149 Menschen wurden seit 1990 von Rechtsextremen ermordet, nur weil sie nicht in deren menschenverachtendes Weltbild passten. Laut Verfassungsschutzbericht gibt es in Deutschland alle 26 Minuten eine rechtsextreme Straftat und alle acht Stunden werden Menschen von Neonazis tödlich angegriffen. Diese Zahlen machen deutlich, wie ernst das Rechtsextremismusproblem in Deutschland ist. Auch in Neukölln haben sich in letzter Zeit rechtsextreme Straftaten gehäuft: Vereine, Initiativen und Büros demokratischer Parteien wurden zur Zielscheibe der extrem Rechten. Menschen, die sich öffentlich dagegen positionierten, erhielten Morddrohungen per Post in die Privatwohnungen geschickt.

Doch anstatt gemeinsam Strategien zu entwickeln, den grassierenden Neonazismus zurückzudrängen, wird ein „Linksextremismusproblem“ herbeigeredet. Eine Gleichsetzung von Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus verkennt jedoch das ungleich höhere Gewaltpotential

der Rechtsextremen. Sie ist genauso gefährlich, wie die Nennung von Drittem Reich und DDR in einem Atemzug, wenn es um die deutsche Geschichte geht. Rechtsextremismus und Nationalsozialismus werden damit verharmlost und relativiert.

Ich lehne nicht nur gewalttätige Übergriffe auf Personen, sondern auch Gewalt gegen Objekte strikt ab. Bei Bündnis 90/Die Grünen werden weder brennende Autos noch fliegende Steine befürwortet, ganz gleich, wer dabei in wessen Namen glaubt zu handeln. Diese Einschätzung teilen auch die grünen LokalpolitikerInnen aus Neukölln. Die Frage ist aber, ob Gewalt gegen Sachen unsere Demokratie in gleichem Maße gefährdet wie gewalttätige Übergriffe auf Menschen, denen seitens der Rechtsextremen aufgrund von Herkunft oder sexueller Orientierung schlicht das Lebensrecht abgesprochen wird.

Es macht aus meiner Sicht für die Demokratie in unserem Land sehr wohl einen Unterschied, ob Menschen ins Koma getreten werden, wie

zuletzt in Friedrichshain geschehen, oder ob Farbbeutel gegen Häuserwände geworfen werden oder das Bethanien besetzt wird.

Rechtsextreme predigen und praktizieren Hass und Gewalt gegen anders Aussehende, Lebende oder Liebende. Ihnen gelingt es immer mehr, vielerorts eine ideologische und kulturelle Hegemonie aufzubauen. Zudem verwischen rechtsextreme Pseudointellektuelle gezielt die Grenzen zwischen rechtskonservativer und rechtsextremem Ideologie, um letztere salonfähig zu machen – mit messbarem Erfolg bis in das Bildungsbürgertum hinein. Rechtsextreme, rassistische und antisemitische Tendenzen haben leider die Mitte unserer Gesellschaft erreicht.

Daher ist es vollkommen richtig, dass die bündnisgrüne BVV-Fraktion in Neukölln die Unterschrift unter eine Erklärung abgelehnt hat, in der genau diese Gleichmacherei manifestiert werden sollte. Für die darauf folgende Aufkündigung der seit 2001 bestehenden rot-rot-grünen Zählgemeinschaft seitens der SPD fehlt mir jedes Verständnis. Demokratische Parteien dürfen rechtsextreme Politik nicht gesellschaftsfähig machen. Vielmehr ist eine klare Abgrenzung erforderlich.

Die Neuköllner SPD leistet den zahlreichen Initiativen und Projekten, die sich tagtäglich für eine starke Demokratie und gegen Rechtsextremismus engagieren, einen Bärendienst und stellt sie in ein linksradikales Licht.

STELLUNGNAHME DER FRAKTION

„Das Interesse der SPD an einer fairen Zusammenarbeit hat in den letzten Monaten nachgelassen“

Die SPD hat die Neuköllner Zählgemeinschaft einseitig aufgekündigt. Sie bestand seit 2001 aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN.

Anlass war eine ursprünglich von unserer Fraktion in die BVV eingebrachte Entschliebung, mit der die rechtsradikalen Anschläge der letzten Zeit auf Neuköllner Vereine, Initiativen und Parteien verurteilt werden sollten. Dazu war die Neuköllner SPD-Fraktion nur bereit, wenn im gleichen Atemzug auch die Anschläge auf Quartiersmanagement-Büros und das Büro der SPD verurteilt werden. Bündnis 90/Die Grünen lehnen Einschüchterungen und Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung - egal in welchem Kontext - entschieden ab. Die Anschläge stehen jedoch in keinerlei innerem Zusammenhang. Wir haben deshalb in einem Änderungsantrag beide Phänomene klar benannt und entschieden verurteilt, aber gleichzeitig auch die notwendige Trennung zwischen Rechts- und Linksextremismus deutlich

gemacht. Die SPD bestand jedoch darauf, Rechts- und Linksextremismus gleichzusetzen. Dies haben wir abgelehnt, weil eine solche Gleichsetzung den unterschiedlichen Hintergründen nicht gerecht wird und einer gezielten Bekämpfung im Wege steht. Darauf erklärte die SPD die Zählgemeinschaft mit uns für beendet.

Wir haben in der Vergangenheit immer versucht, in der Zählgemeinschaft Kompromisse zu finden. In den letzten Monaten mussten wir jedoch erkennen, dass das Interesse der SPD an einer fairen und vertrauensvollen Zusammenarbeit nachgelassen hat. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die SPD die Kooperation mit uns nun beendet hat. Dabei war Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky die treibende Kraft.

Wir werden in den kommenden Monaten weiterhin sachlich und inhaltlich für Neukölln streiten.

DIE JUGENDSTADTRÄTIN HAT DAS WORT:

Schwarz-gelbe „Familienförderung“ zerstört die Bildungschancen Neuköllner Kinder

von Gabriele Vonnekold

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat von Anfang an bewiesen, dass sie entweder nichts von der Realität in diesem Land versteht oder mit Förderung von Familien und Bildung in Wirklichkeit nur die Förderung von Eliten meint.

Die Kindergelderhöhung, von der die Bedürftigsten nicht profitieren, weil die Summe sofort mit anderen Unterstützungsleistungen wie Hartz IV verrechnet wird, ist für viele bessergestellte Familien im Haushaltseinkommen wiederum kaum spürbar. Mit dem gleichen Geld, das in dieser fragwürdigen Förderung versickert, hätte man die Versorgung mit guter Kinderbetreuung durch Kindertagesstätten und Ganztagschulen entscheidend voranbringen können. Davon würden Eltern und Kinder viel mehr profitieren als von 20 Euro mehr im Monat. Das sehen auch viele Eltern so, die sich in Initiativen zusammenschließen und ihre Kindergelderhöhung an Kitas und Schulen weitergeben.

Deutschland gibt jährlich viel Geld für Familienpolitik aus, sogar deutlich mehr als andere Industriestaaten, erzielt damit aber im Vergleich den geringsten Erfolg. Das liegt unter anderem daran, dass der Mitteleinsatz nach dem Gießkannenprinzip erfolgt. Menschen werden dadurch kaum motiviert, Kinder zu bekommen. Gerade gut ausgebildete und berufstätige junge Frauen fragen eher nach guter Kinderbetreuung und guten Bildungseinrichtungen als nach der Kindergeldhöhe, damit die Entscheidung für Kinder nicht gleichbedeutend mit dem Karriereende ist. So verfestigt und verschärft sich das Demographieproblem.

Auch im Vergleich der Bildungserfolge unter den Industriestaaten schneidet Deutschland deutlich schlechter ab als Staaten, die ihre Fördergelder hauptsächlich für Betreuungs- und Bildungseinrichtungen ausgeben. Die Abhängigkeit des Bildungserfolges der Kinder vom sozialen Status ihrer Eltern ist in keinem anderen europapaischen Land so groß, wie bei uns.

Deutschland als Land, dessen Reichtum auf der Arbeit gut ausgebildeter Menschen beruht, darf nicht zulassen, dass Kinder bei der Bildung auf der Strecke bleiben. Besonders irrwitzig ist deshalb der Vorschlag, Eltern mit einem „Betreuungsgeld“ dafür zu belohnen, dass sie ihre Kinder nicht frühzeitig in Kitas geben. Damit verlieren viele Kinder entscheidende



Chancen auf frühe Förderung und gute Vorbereitung auf ihren weiteren Bildungsweg. Auch hier wird wieder deutlich, für wen die schwarz-gelbe Koalition Politik macht. Geld wird an gut gestellte Familien verteilt, die in der Lage sind, ihren Kindern ein gutes

Rüstzeug für eine Bildungskarriere mitzugeben. Dabei wird in Kauf genommen, dass Familien, die nicht in der Lage sind, ihre Kinder selbst ausreichend zu fördern, dazu motiviert werden, die Zukunftschancen ihrer Kinder gegen die Aufbesserung ihres - oft prekären - Haushaltseinkommens einzutauschen.

Sollte dieser gefährliche Schwachsinn wirklich Gesetz werden, bedeutet dies gerade für einen Bezirk wie Neukölln eine Katastrophe, denn der Weg raus aus der Armut und hin zur umfassenden gesellschaftlichen Teilhabe führt immer über Bildung. Darum müssen wir alles dafür tun, jedem Kind Bildungschancen zu eröffnen und ganz besonders denen, die zusätzliche Hilfestellung brauchen.

Neukölln kämpft deshalb für eine bessere Versorgung gerade von Brennpunktgebieten mit guten Bildungseinrichtungen von der Krippe bis zur Ganztagschule und darüber hinaus. Daneben wird hier, trotz geringer Mittel, versucht, mit vielen Initiativen und Netzwerken Bildung für alle voranzubringen. Nicht nur die bekannten Neuköllner Projekte, wie die Stadtteilmütter, Schulstationen und der Bildungscampus Rütli, stemmen sich gegen den sozialen Abstieg des Bezirkes. Institutionen, Vereine, Gruppen und Einzelpersonen arbeiten an der Förderung der Neuköllner Kinder, gründen Bildungsverbände und spinnen ein immer engmaschigeres Netz, damit weniger Kinder verloren gehen. Aber anstatt diese Strukturen, die viele Menschen mit viel Kreativität, Kompetenz und Mühe aufbauen, zu unterstützen, reißt die schwarz-gelbe Bundesregierung sie durch ihre einseitige Klientelpolitik quasi „mit dem Hintern“ ein.

Nur eine Familien- und Bildungspolitik, die alle mitnimmt, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Einkommen, kann uns voranbringen. Die Politik der derzeitigen Bundesregierung, die nur die fördert, die sich auch selbst helfen könnten und diejenigen vor der Tür stehen lässt, die Hilfe am nötigsten hätten, verurteilt sich an der Zukunft und vertieft die soziale Spaltung der Gesellschaft.

GRÜNE TREFFEN

Die Neuköllner Grünen treffen sich **jeden zweiten Dienstag** um 19 Uhr in der Berthelsdorfer Str. 9 (U-Bahnhof Karl-Marx-Straße hinter der Passage). Zur Diskussion stehen bezirks-, landes- und bundespolitische Themen. Termine und Tagesordnungen stehen (meist) einige Tage vorher im Internet unter www.gruene-neukoelln.de. Die Treffen sind öffentlich, auch Nichtmitglieder, die sich für grüne Politik im Bezirk interessieren, sind herzlich willkommen!

KOALITIONSVERTRAG QUERGELESEN

Von wegen: Wachstum. Bildung. Zusammenhalt.

Von Katharina Ugowski

Mit den Worten „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt“ ist der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag überschrieben. Hört sich gut an – doch was steckt dahinter? Haben die Menschen in Neukölln und im Rest der Republik von dieser Bundesregierung mehr Wachstum, bessere Bildung und mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erwarten? Der „Stachel“ hat einige Politikfelder aus der Vereinbarung zwischen CDU/CSU und FDP genauer unter die Lupe genommen. Das Ergebnis fällt wenig erfreulich aus.

Arbeit

Einen allgemeinen Mindestlohn, wie ihn unter anderem die Grünen seit langem fordern, wird es nicht geben. Schlimmer noch, sogar die bestehenden Regelungen für einzelne Branchen stehen auf der Kippe. Bis Oktober 2011 wird geprüft, ob branchenspezifische Mindestlöhne Arbeitsplätze oder die Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Branche gefährden. Wird eine dieser Fragen mit Ja beantwortet, fällt der Mindestlohn. Schwarz-Gelb tut nichts gegen Dumpinglöhne, zu erwarten ist vielmehr eine Ausweitung des Niedrigstlohnssektors und der damit verbundenen Lohnsubventionierung durch öffentliche Transferleistungen wie Hartz IV.

Seit Anfang 2010 wird Alterszeitzeit nicht mehr von der Bundesagentur für Arbeit (BA) gefördert. Das Programm „Kommunal-Kombi“, mit dem zusätzliche Jobs in Regionen mit besonders hoher und verfestigter Arbeitslosigkeit gefördert wurden, ist Ende 2009 ausgelaufen, eine Verlängerung nicht geplant. Weitere befristete Arbeitsförderungsinstrumente der BA wie Vermittlungsgutscheine, Eingliederungsgutscheine für Ältere und der Ausbildungsbonus für Betriebe, die benachteiligten Jugendlichen eine Chance geben, laufen zum Jahreswechsel 2010/11 aus. Ob diese

Programme fortgeführt werden, steht in den Sternen.

Bildung

Gute Bildung für alle kostet Geld. Die schwarz-gelbe Steuerpolitik greift aber so tief in die Taschen der Länder und Kommunen, dass denen das Geld für notwendige Investitionen in Bildung fehlt (lesen Sie dazu auch den Artikel von Lisa Paus in dieser Ausgabe).

Bund und Länder dürfen seit der Föderalismusreform im Bildungsbereich nicht mehr zusammenarbeiten. Diesen Kardinalfehler der schwarz-rot-gelben Reform will die neue Regierung nicht korrigieren. Stattdessen ist im Koalitionsvertrag nur wachstumsweich von „Bildungsbündnissen“ mit den Ländern die Rede. Die dringend notwendige Qualitätssicherung wird so kaum zustande kommen.

Freuen können sich Gutverdienende und ihre Kinder. Union und FDP wollen zum Beispiel Zukunftskonten einrichten: Jedes Neugeborene soll 150 Euro vom Staat erhalten. Zahlen die Eltern weiter auf das Konto ein, bekommen sie vom Staat eine Prämie. Das können sich nicht alle leisten. Auch von den geplanten steuerlichen Bildungsanreizen profitieren vor allem Menschen mit höherem Einkommen. Eine soziale Komponente in der Studienfinanzierung fehlt. Dabei ist Deutschland schon heute das OECD-Land, in dem der Bildungserfolg am stärksten vom sozialen Status der Familie abhängt. Aufbruch in die „Bildungsrepublik“? Mit Schwarz-Gelb - Fehlzanzeige.

Familien

Die gute Nachricht lautet: Seit 1. Januar gibt es mehr Kindergeld. Die schlechte kommt gleich hinterher: Ärmere Familien haben wenig bis nichts davon. Eltern mit normalem Einkommen erhalten pro Kind und Monat 20

Euro mehr, das macht im Jahr 240 Euro. Familien, die von Hartz IV leben, haben gar nichts von der Kindergelderhöhung, denn ihnen werden die 20 Euro vom ALG II abgezogen. Dagegen können gutverdienende Eltern aufgrund des erhöhten Kinderfreibetrags aber bis zu 1000 Euro jährlich von der Steuer absetzen.

Statt Anreize zu setzen, dass alle Kinder in die Kita gehen und dort zum Beispiel Deutsch lernen, will Schwarz-Gelb ab 2013 das Zuhausebleiben von Müttern und Kindern mit 150 Euro im Monat fördern. Gerade ärmere und bildungsferne Familien werden diese „Herdprämie“ voraussichtlich in Anspruch nehmen. Kein Wunder, dass vor allem die CSU hart für die Prämie gekämpft hat – ist sie doch aus ideologischen Gründen gegen die Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung. Die „Herdprämie“ ist sozial-, bildungs-, gleichstellungs- und familienpolitisch ein Rückfall um Jahrzehnte.

Hartz IV

Schwarz-Gelb will das Schonvermögen, also die Summe, die Hartz-IV-BezieherInnen von ihrem Ersparnen behalten dürfen, anheben. Toll – für ungefähr 0,7 Prozent der Betroffenen, mehr werden nicht in den Genuss dieser Neuregelung kommen. Von einer Anhebung des Regelsatzes auf mindestens 420 Euro, wie sie die Grünen fordern, hätten alle etwas, doch das lehnt die Regierung strikt ab. Und das, obwohl das Bundesverfassungsgericht just in seinem Urteil die Neuberechnung der Regelsätze



gefordert hat.

Gespart werden soll dagegen sogar bei den Wohnkosten der Hartz-VI-BezieherInnen. Union und FDP wollen diese „Kosten der Unterkunft“ pauschalieren und nicht mehr in der tatsächlichen Höhe erstatten. Außerdem sollen die aktiven Leistungen für Arbeitslose „deutlich reduziert“ werden. Das spart kurzfristig. Es bedeutet aber geringere Chancen auf den Wiedereinstieg in Arbeit und ist somit langfristig teuer.

Kommunen

Den Kommunen werden durch den schwarz-gelben Koalitionsvertrag erweiterte Aufgaben zugewiesen. Dies betrifft vor allem Soziales, Bildung und Umwelt. Gleichzeitig drohen ihnen durch die Steuerreform finanzielle Einbußen in Milliardenhöhe. Der Deutsche Städtetag rechnet mit einem Einbruch bei den Kommunalfinanzien in Höhe von zehn Milliarden Euro. Damit nicht genug, auch

den kommunalen Unternehmen droht Ungemach - und damit letztlich den BürgerInnen. „Privat vor Staat“ lautet die Devise von CDU/CSU und FDP.

Integration

Doppelstaatsbürgerschaft, kommunales Wahlrecht für AusländerInnen – alles Ermutigende aus dem Koalitionsvertrag nicht mehr auffindbar. Von der CDU/CSU war hier ohnehin nichts zu erwarten. Die CDU-Bundesintegrationsbeauftragte stand bereits in der letzten Legislaturperiode nur für schöne Worte und hübsche Bilder mit dekorativen MigrantInnen im Kanzleramt.

Nun sollen EinwanderInnen „Integrationsverträge“ unterschreiben, deren Ausgestaltung allerdings völlig im Unklaren bleibt. Ob die Nichteinhaltung der Verträge mit neuen Sanktionen bestraft wird, wie es Hardliner aus der CDU/CSU fordern, ist offen. Wenig Mut zeigte die FDP auch beim Versuch, den Optionszwang abzuschaffen. Damit werden Jugendliche, die qua Geburt die deutsche und die ausländische Staatsangehörigkeit ihrer Eltern erworben haben, gezwungen, sich bis zum 23. Geburtstag für eine von beiden zu entscheiden. Was ExpertInnen quer durch alle politischen Strömungen seit Jahren als integrationspolitischen Unsinn und verfassungsrechtlich fragwürdige Ungleichbehandlung geißeln, soll jetzt immerhin auf den Prüfstand.

Fazit

„Wachstum. Bildung. Zusammenhalt“? Diese Koalition schadet mit dem finanziellen Kahlschlag bei Ländern und Kommunen der regionalen Wirtschaft, zementiert die Ungerechtigkeiten im Bildungssystem und sorgt dafür, dass die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter auseinanderklafft.

AUSWIRKUNGEN AUF BETRIEBSRATS-ARBEIT

Zukunft der betrieblichen Mitbestimmung in Gefahr

von Susanne Lippert

Das Betriebsverfassungsgesetz sieht vor, dass in Betrieben mit mindestens fünf wahlberechtigten Beschäftigten ein Betriebsrat gewählt wird. Die Größe des zu wählenden Gremiums ist nach der Anzahl der ständig Beschäftigten gestaffelt. Ab einer Betriebsgröße von 200 MitarbeiterInnen besteht ein Anspruch auf Freistellung von Betriebsratsmitgliedern für ihre Betriebsratsarbeit; die Anzahl der Freistellungen ist wiederum gestaffelt nach der Größe der Betriebe.

Die Aufgaben eines Betriebsrates sind vielfältig; sie erstrecken sich vom Recht, lediglich „angehört“ zu werden (z.B. bei Kündigungen) bis zur Mitbestimmung mit Initiativrecht (z.B. bei der Einführung oder Abschaffung von Stechuhren).

Ein Betriebsrat stellt insgesamt eine Schwächung der Macht des Unternehmers dar. Deswegen versuchen zahlreiche Arbeitgeber immer wieder, die Gründung von Betriebsräten zu verhindern bzw. bestehenden Betriebsräten die Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu erschweren. Obwohl Betriebsratsmitglieder einen erweiterten Kündigungsschutz genießen,

erweisen sich die führenden Köpfe so mancher Betriebe als äußerst einfallreich, wenn es darum geht, sich unbequemer BetriebsrätInnen zu entledigen. Das hierfür genutzte Instrumentarium erstreckt sich von Auslagerung von Betriebsstellen und anschließenden Betriebsabschlüssen bis hin zu massivem Mobbing.

Es ist gesetzlich vorgeschrieben, dass Betriebsratsarbeit innerhalb der Arbeitszeit durchgeführt wird. Nicht freigestellte Betriebsratsmitglieder müssen von ihren „eigentlichen“ Arbeitsaufgaben so weit entlastet werden, dass sie die anstehende Betriebsratsarbeit problemlos während ihrer Arbeitszeit bewältigen können.

De facto bedeutet Betriebsratsarbeit dennoch eine deutliche Mehrbelastung für die MandatsinhaberInnen. Das Wahlprogramm der FDP zur letzten Bundestagswahl sah jedoch noch eine erhebliche Verschärfung dieser Problematik vor. Hier hieß es:

„Die Kosten der betrieblichen Mitbestimmung müssen begrenzt, die gesetzlich vorgegebene Zahl der Betriebsratsmitglieder deutlich reduziert

werden. Ein Betriebsrat sollte erst in Unternehmen ab 20 Beschäftigten gebildet werden (...). Die Freistellung von Betriebsratsmitgliedern darf erst in Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten beginnen (...).“

Keine Betriebsräte für kleine Betriebe würde bedeuten, dass z.B. etliche Filialen von Einzelhandelsketten keine MitarbeiterInnenvertretung mehr aufstellen könnten. Gerade in dieser Branche jedoch besteht angesichts teilweise unhaltbarer Zustände hinsichtlich der Arbeitsbedingungen dringender Bedarf.

Für Betriebe ab 20 Beschäftigten wären die Betriebsräte kleiner und dadurch deutlich geschwächt. Eine Freistellung wäre für eine Betriebsgröße von bis zu 499 MitarbeiterInnen (!) nicht vorgesehen. Angesichts der gegenwärtigen Tendenz zu immer höherer Arbeitsverdichtung im Rahmen von Personaleinsparungen stellt sich die Frage, wie unter solchen Bedingungen ein noch so engagierter Betriebsrat überhaupt noch arbeitsfähig sein soll.

Ging es bei dieser gewünschten Gesetzesänderung wirklich um Ko-

steneinsparung oder vielmehr um Wahrung von Machtinteressen des Unternehmertums bzw. Stimmenfang im Kreise von Kleinunternehmern?

Während dieses Ansinnen in den Koalitionsverhandlungen nicht durchgesetzt wurde, findet sich jedoch ein weiterer Programmpunkt der FDP im Koalitionsvertrag wieder, nämlich derjenige, bei dem es um Offenlegung der Kosten geht.

Der Unternehmer ist nach dem Gesetz verpflichtet, anfallende notwendige Kosten des Betriebsrates zu tragen. Hierunter fallen beispielsweise Sachmittel (Büroausstattung, Computer etc.), Schulungen und Honorarkosten für externe Sachverständige wie z.B. RechtsanwältInnen. Es geht darum, zwischen den beiden Verhandlungspartnern, nämlich ArbeitgeberIn und Betriebsrat als Vertreter der Arbeitnehmerschaft zumindest annähernde Chancengleichheit herzustellen.

Der Hinweis auf die Kosten des Betriebsrates ist ein häufig genutztes Instrument der Arbeitgeber, Betriebsräte vor der Belegschaft zu diskreditieren („Für die Summen,

die der Betriebsrat verbraucht, hätten wir schon längst eine Lohnerhöhung gewähren können“). Unter diesem Aspekt erscheint es äußerst problematisch, dass auch diese Forderung aus dem Wahlprogramm der FDP tatsächlich in den Koalitionsvertrag Eingang gefunden hat:

„Darüber hinaus soll (...) auch ein Ehrenkodex für Betriebsräte entwickelt werden (z.B. mit einem Recht der Betriebsversammlung auf Offenlegung der gezahlten Aufwendungen an Betriebsratsmitglieder)“.

Hinter diesem „Ehrenkodex“ verbirgt sich der Versuch einer Aushöhlung betrieblicher Mitbestimmungsrechte, weil die Unabhängigkeit der Betriebsräte deutlich eingeschränkt wird.

BetriebsrätInnen und ArbeitnehmerInnen sollten diesen Tendenzen entschlossen entgegen treten. Unsere Gesetze zur betrieblichen Mitbestimmung bedeuten ein Stück demokratischer Kultur in den Betrieben und sind es wert, energisch verteidigt zu werden!

Jamaika gehört zu Lummerland – und der Nikolaus wohnt in Neukölln. Oder?

Von Michael Schröter

Als der Pfarrer fragte: „Wer von Euch weiß denn, wo der Nikolaus wohnt?“, meldete sich ein kleiner Junge und sagte: „In Lummerland“.

„Nein“, sagte der Pfarrer. „Er kommt aus der Türkei. So wie viele Familien in Neukölln.“

Dabei war die Assoziation gar nicht so abwegig: Eine Insel, auf der ein trottiger König über drei Untertanen regiert, der öffentliche Nahverkehr vorbildlich ausgebaut ist und interkulturelle Konflikte über Postpakete gelöst werden – das riecht sehr nach heimlicher deutscher Feiertagsharmonie.

Tatsächlich war der Nikolaus im byzantinischen Mittelalter Bischof im Gebiet der heutigen Türkei – und damit sowohl Oberpriester als auch Verwaltungsleiter. Als eine Hungersnot ausbrach, ließ er kurzerhand Handelsschiffe kapern. Er ging entschieden gegen Frauen- und Mädchenhandel vor und stellte sich auf die Seite der sozial Ausgegrenzten.

Zuckerbäcker versus sozialer Ausgleich

In Deutschland wurde der Nikolaus zum Haribo-Sponsor, der seltsamerweise Kindern aus begüterten Familien viel mehr bringt als den armen. Wie kommt so etwas zustande? Müssen sozial Benachteiligte brav sein, um Leistungen zu erhalten, oder gibt es ein bedingungsloses Recht auf das Existenzminimum? Einerseits sind soziale Themen in Deutschland für viele sehr wichtig. Auf der anderen Seite haben die Wahlberechtigten in Mehrheit Schwarz-Gelb gewählt oder sind zu Hause geblieben. Wie geht das zusammen?

Schwarz-Gelb sichert ungleiche Chancen

Die schwarz-gelbe Koalition ist bemüht, sich einen sozialeren Anstrich zu geben. Die Wenigen, die beim Eintritt in Hartz IV überhaupt noch Vermögen haben oder Sozialleistungen mit Jobben kombinieren, werden bessergestellt.

Für alle anderen diskutiert die Koalition unter dem Stichwort „Bürgergeld“ stark abgesenkte Leistungen und verstärkte Sanktionsmöglichkeiten. Die Wohnkosten sollen pauschaliert werden. Ob Miet-Übernahmen zukünftig überhaupt noch finanziert werden können, ist fraglich, da den Gemeinden durch die Steuersenkungen die Einnahmen wegbrechen. Aber wird es einen sozialen Aufschrei geben? Die mit den besseren Startchancen, wie AkademikerInnen oder gewerkschaftlich organisierte FacharbeiterInnen, können sich im Falle von Erwerbslosigkeit noch eher wehren als die aus unterschiedlichen Gründen weniger Qualifizierten.

Neue Bündnisoptionen für die Grünen?

In der Union gibt es Bewegung was z.B. die Förderung von Erneuerbaren Energien, aber nicht, was sozialen Ausgleich zugunsten der Schwächsten angeht. Das geplante Betreuungsgeld von 150 Euro im Monat für Familien, die unter Dreijährige zuhause behalten, verlockt gerade sozial Ausgegrenzte dazu, öffentliche Betreuung für ihre Kinder nicht mehr in Anspruch zu nehmen. Dabei brauchen vor allem diese Kinder Bildungseinrichtungen, um ungleiche Startchancen auszugleichen. Eine zuvor gut verdienende Akademikerin wird es sich dagegen überlegen, ob sie

wegen dieser 150 Euro über Jahre auf den Anschluss im Beruf verzichtet.

Sozial ist nicht gleich öko

Einigkeit zwischen Grün und Schwarz besteht beispielsweise darin, dass ohne besseren Klimaschutz die wirtschaftlichen Folgekosten erheblich sein werden. Es besteht auch Einigkeit darüber, dass mehr Kinderbetreuung und Bildung eine bessere Förderung zukünftiger Leistungsträger, also der personellen Ressourcen der Wirtschaftsordnung, ermöglichen. Auch bei besseren Karrierewegen für die in Chefetagen unterrepräsentierten Frauen (eine echte Ressourcenverschwendung!) können sich konservative, grüne und liberale FrauenpolitikerInnen einigen.

Wenig Gemeinsamkeiten gibt es dagegen in der Sozial- und Integrationspolitik.

Bevor man sich hier auf Koalitionsgespräche einlässt, müsste ein Kernbestand grüner Inhalte definiert werden. Wo sich Armut verfestigt, verblasst auch der Charme von mehr Naturkost oder energetischer Gebäudesanierung für Einfamilienhäuser – denn es geht bei grüner Politik um die Menschen, ihre Lebenslagen und ihre Lebensqualität.

Kriterien für Koalitionen

Nach dem Eingehen der Jamaika-Koalition im Saarland freuten sich selbsternannte „bürgerliche“ Grüne genauso engagiert über neue Koalitionsoptionen, wie andere ihre Abneigung gegen „bürgerliche“ Parteien pflegten. Aber: Es muss klar sein, wo die Schmerzgrenze liegt. In Jamaika-Saarland werden keine politischen Grundlinien entschieden, wie dies auf Bundesebene der Fall wäre.

Soziale Ausgrenzung darf nicht zum grünen Programm werden. Zwar gibt es Einzelpersonen in der Union, die eine ehrliche Debatte über Sozialpolitik versuchen. Die aktuelle Regierungspolitik spricht – wie beschrieben – eine deutlich andere Sprache.

Die Jamaika-Träume haben einiges mit Lummerland und dem Nikolaus gemeinsam. Mit ein wenig Toleranz lässt es sich so gemeinsam auf einer kleinen Insel aushalten. Diejenigen, die es schaffen, bekommen in einem liberaleren Umfeld mehr Chancen – auch wenn sie schwul oder lesbisch, Migrantin oder Migrant oder junge Eltern sind. Wer nicht kann oder länger braucht, bleibt dennoch draußen. Nicht nur in Union und FDP ist das vielen egal. Selber schuld?

WACHSTUMSBESCHLEUNIGUNGSGESETZ:

Füllhorn für Konzerne und Erben auf Kosten von Kommunen und Alleinerziehenden

von Lisa Paus MdB, Obfrau im Finanzausschuss

Kaum war die Bundesregierung ernannt und der erste Minister zurückgetreten, brachte die schwarz-gelbe Koalition das Wachstumsbeschleunigungsgesetz in den Bundestag ein. Bei der Anhörung zum Gesetzespaket wurde deutlich: Gleich nach Amtsantritt verteilt die schwarz-gelbe Koalition Steuergeschenke ohne Rücksicht auf die Folgen für die klammen Kommunen und ohne jedes soziale Augenmaß.

Schon 2010 haben die Kommunen nach Angaben ihrer Spitzenverbände Steuerausfälle von circa elf Milliarden Euro. In den nächsten Jahren werden diese Ausfälle weiter steigen. Durch die Änderungen an der Gewerbesteuer packt die große Koalition hier noch einmal weitere Milliardenlasten drauf. Wie die Kommunen dann noch ihren sozialen Aufgaben, z.B. bei den Unterbringungskosten für Hartz-IV-EmpfängerInnen, gerecht werden sollen, bleibt offen.

Entlastet werden im Großmaßstab Erben und Konzerne. Die Möglichkeiten, Verluste abzuschreiben oder interne Verlagerungen steuersenkend anzumelden, werden für die Unternehmen deutlich ausgeweitet. Davon profitieren aber vor allem Großunternehmen – auch wenn die Koalition dies als mittelstandsorientierte Maßnahme verkauft.

Beim Erbschaftsteuerrecht leistet sich die Koalition eine Regelung am

Rande des Verfassungsbruches.

Sicherlich ist es ein berechtigtes Anliegen, kleine Unternehmen bei der Unternehmensnachfolge vor bestandsgefährdenden Steuerlasten zu bewahren. Für eine rechtliche Vertretbarkeit müssten eigentlich sachlich zwingende Gründe für eine Besserstellung von Unternehmenserben gegenüber anderen Erben vorliegen. Zudem wären neben einfachen Steuervorteilen auch andere Modelle möglich, wie beispielsweise eine Ratenzahlung. Die von der Regierung vorgeschlagene Neuregelung wird so vor dem Bundesverfassungsgericht vermutlich keinen Bestand haben.

Große GewinnerInnen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes sind Familien von Besserverdienenden. Während normalverdienende KindergeldbezieherInnen mit mageren 20 Euro im Monat abgespeist werden und Hartz-IV-EmpfängerInnen ganz leer ausgehen, können Besserverdienende durch den erhöhten Kinderfreibetrag bis zu 1.000 Euro im Jahr mehr aus dem Steuertopf zurück erhalten. Von den Sozialverbänden wie dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband wird seit Jahren beklagt, dass die Familienförderung in Deutschland nicht armutsfest ist. Bündnis 90/Die Grünen schlagen deshalb das Modell der Kindergrundsicherung vor. Wir wollen alle Kinder mit 330 Euro im Monat gleich fördern – denn

Vielfalt statt Schwarz-Gelb

„Europa und die Türkei sind zu unterschiedlich, als dass ein Beitritt der Türkei zur EU sinnvoll wäre.“ So in etwa dürfte die Begründung für den verschleierte Ausschluss des türkischen EU-Beitritts im schwarz-gelben Koalitionsvertrag lauten. Mit Rudyard Kipling ließe sich auch sagen: „Ost ist Ost, und West ist West, und niemals treffen sich die beiden.“

Wie falsch diese Betrachtung ist, zeigt ein Beispiel aus der gemeinsamen türkisch-europäischen Kulturgeschichte:

Beethovens neunte Sinfonie (Finale: Ode an die Freude) aus dem Jahre 1824 wurde vom europäischen Rat mit folgender Begründung offiziell zur Hymne Europas erklärt: Die Hymne versinnbildliche die Werte, die alle teilten, sowie die Einheit in der Vielfalt.

Wie fast alle Meisterwerke der „Wiener Klassik“ stand auch die Musik Beethovens unter dem Einfluss der türkischen Janitscharenmusik (Militärmusik des Osmanischen Reiches).

Im Finalsatz der neunten Sinfonie singt ein Solotenor, unterstützt von den Tenören und Bässen des Chors, eine Variation des berühmten Themas, begleitet von türkischer Musik des Orchesters.

Beethoven vertonte mit Schillers „Ode an die Freude“ die Schilderung einer idealistischen Vision der Menschen, die alle zu Brüdern werden.

Charakteristisch für die Janitscharenmusik waren bestimmte Instrumente (große und kleine Trommel, Becken, Pauke, Tamburin, Triangel, Schellenbaum) und marschartige Rhythmen. Die türkische Musik gelangte zu Zeiten des Osmanischen Reiches am Ende des 17. Jahrhunderts nach Österreich und wurde vom Anfang des 18. bis ins 19. Jahrhundert durch dessen Militärorchester nachgeahmt. Die Einführung der Janitscharenmusik bedeutete für das Abendland eine tiefgreifende Neuerung. Um 1770 war fast jede europäische Armee mit solchen Kapellen nach türkischem Vorbild ausgestattet, und die Gattung des „Türkischen Marsches“ galt als sehr modern.

Der türkische EU-Beitritt erscheint vor diesem kulturhistorischen Hintergrund in einer ungewohnt neuen Dimension. Anders als mit Kipling kann daher mit Goethe festgestellt werden:

„Wer sich selbst und andere kennt, wird auch hier erkennen: Orient und Okzident sind nicht mehr zu trennen.“

Mijgan Percin



alle Kinder sind uns gleich viel wert. Um die steuerlichen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes umzusetzen, muss das steuerliche Existenzminimum aller Kinder garantiert sein, da gibt es kein Vertun. Das muss aber nicht heißen, dass Kindern von Reichen schon im Steuerrecht bessere Startchancen garantiert werden. Besonders peinlich ist diese falsche Schwerpunktsetzung, wenn man die oft prekäre Situation der circa 1,2 Millionen Alleinerziehenden in Deutschland bedenkt.

Völlig unsystematisch ist das Steuergeschenk für die HotelbesitzerInnen. Wenn man den Ausführungen der Vertreterin des deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes auf der Anhörung folgen würde, läge das Armutproblem in Deutschland nicht bei Erwerbslosen, Obdachlosen, vielen Alleinerziehenden und illegalisierten MigrantInnen, sondern bei armen MittelständlerInnen, die Hotels besitzen. Die Darstellung der Belastung für diese Gruppe hätte einen geradezu zu Tränen rühren können – wenn man darüber die wirklich Armen und Bedürftigen vergessen würde.

Während einige von der Koalition

bestellte Experten das Gesamtpaket überschwänglich lobten, verwies der Vertreter des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung auf den grundsätzlichen Schwachpunkt dieses Gesetzeswerkes. Unter dem Vorwand, Konjunkturpolitik betreiben zu wollen, würden ab jetzt für immer dem Staat Steuereinnahmen entzogen, so seine Kritik. Denn diese Steuersenkungen gelten in guten wie in schlechten Zeiten. Damit verliert der Staat aber auch wichtige Mittel, um selbst investierend tätig werden zu können – und das wird dann spätestens im nächsten Konjunkturabschluss auch für die Unternehmen schmerzhaft spürbar, wie schon jetzt für die Kommunen und die EmpfängerInnen von Sozialleistungen.

All das geschieht auf Pump. Was der Staat eben unbedingt leisten muss oder will, läuft über Kredite, die dann unsere Kinder und Enkel abbezahlen dürfen. Das ist keine Wachstumsbeschleunigung, sondern schlicht und ergreifend unverantwortliche Politik, die weder soziale Gerechtigkeit noch Generationengerechtigkeit oder Armutsbekämpfung als politische Maßstäbe kennt.

STEIGENDE MIETEN IM NEUKÖLLNER NORDEN

Gentrifizierung oder Verelendung?

Neukölln verändert sich. Manche Kieze mehr, manche weniger. Im Reuterkiez, aber auch rund um den Richardplatz, ist die Veränderung mit Händen zu greifen. Neue Cafés, Kneipen und kleine Läden, wohin das Auge blickt. Eine erfreuliche Sache, nicht mehr nach Kreuzberg fahren zu müssen, um in gemütlicher Umgebung einen Kaffee zu trinken. Trotzdem beobachten viele BewohnerInnen die Veränderungen mit einem lachenden und einem weinenden Auge.

Mit der zunehmenden Veränderung wächst auch ein Unbehagen. „Wird sich die positive Veränderung auf meine Miete auswirken?“ und „Würde ich hier im Kiez überhaupt noch eine Wohnung bekommen, wenn ich umziehen müsste?“ fragt sich der eine und die andere auf dem Weg nach Hause.

Bezirksbürgermeister Buschkowsky sieht hier kein Problem. Es gebe keinen Beleg dafür, dass sich die Mietbelastungen im Reuterkiez vom übrigen Nord-Neukölln unterscheiden. Vielmehr gebe es nur eine gefühlte und gehörte Preissteigerung. Dagegen sei der hohe Anteil von Familien mit an Kindern unter sechs Jahren, die aus Neukölln wegziehen, ein Alarmzeichen.

Zu einem anderen Ergebnis kommt der Wohnungsmarktbericht der Investitionsbank Berlin für das Jahr 2008. Hier wird ausdrücklich auf die im Neuköllner Vergleich deutlich höheren Mieten des Reuterkiezes hingewiesen.

Gerade bei Neuvermietungen steigt die Miete – und zwar keineswegs nur „gefühlte“. So gibt es – vor allem aus Kreuzberg aufgrund der dort noch

deutlich höheren Mieten – einen spürbaren Zuzug nach Nord-Neukölln, der sich wiederum hier auf Mietpreis und Nachfrage auswirkt. Die gestiegene BewerberInnenlage stellt zudem vor allem GeringverdienerInnen und MigrantInnen vor ein zusätzliches Problem: Andere BewerberInnen werden Ihnen oft vorgezogen.

Ob das Bezirksamt da nicht eine wichtige Entwicklung verschläft? Aber vielleicht ist das Wegsehen auch Programm. Schließlich werden aus Sicht des Bezirksamtes positive Entwicklungen erst dann eintreten, wenn noch mehr junge gut gebildete Leute zuziehen und auch bleiben. Dabei gerät die derzeitige BewohnerInnen-schaft leicht aus dem Blick.

Findet diese bei einem notwendigen Umzug keine bezahlbare Wohnung mehr im Kiez, lösen sich dadurch keine Probleme. Sie werden nur verlagert, mühsam durch Quartiersmanagement und ehrenamtliche Arbeit aufgebaute Strukturen werden beschädigt oder zerstört.

Einfache Antworten gibt es hier nicht. Verbesserungen der Lebensqualität sind notwendig. Neukölln bekommen zu lassen, nur um Mietpreissteigerungen entgegen zu wirken, ist absurd. Trotzdem: Wer sich wirklich für die in den letzten Jahren erreichten Verbesserungen interessiert, muss die Entwicklung aufmerksam beobachten, um negativen Entwicklungen rechtzeitig entgegen wirken zu können. Wenn viele der neu zugezogenen aber auch langjährige Bewohner den Kiez wieder verlassen müssen, ist jedenfalls nichts gewonnen.

Hanna Schumacher und
Jochen Biedermann

In eigener Sache

Mit der neuen Redaktion hat auch die eine oder andere neue Idee in diesen Stachel Einzug gehalten. Auch wenn der Stachel erkennbar Stachel geblieben ist und hiermit seine 170. Ausgabe erscheint, so hat die neue Redaktion doch vieles auf den Prüfstand gestellt. Das Layout hat einen sanften Relaunch erfahren. Lange Traditionen wie die „Lupen“-Glosse auf der letzten Seite fehlen – zumindest in dieser Ausgabe – ebenso wie der traditionelle Comic-Strip. Den Bericht aus der BVV soll es in Zukunft nicht mehr als einen Artikel geben, vielmehr wollen wir Sie in einzelnen Beiträgen über wichtige Debatten und Entscheidungen der Neuköllner Bezirkspolitik informieren (siehe beispielsweise den Artikel oben).

All das muss nicht so bleiben. Uns interessiert Ihre Meinung! Was vermissen Sie an diesem Stachel, was gefällt Ihnen? Wir freuen uns auf Ihre Meinung an stachel@gruene-neukoelln.de, per Post an Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Berthelsdorfer Str. 9, 12043 Berlin oder telefonisch unter 030-67120812.

Jugendgewalt in Deutschland: Erst Chancen, dann strafen!

von Benedikt Lux, Innenpolitischer Sprecher der Fraktion im Abgeordnetenhaus

Medienberichten zufolge gibt es immer mehr und immer brutalere Beispiele von Jugendkriminalität. Die Statistik bestätigt dies nicht und weist eine mehr oder weniger gleichbleibende Jugendkriminalität aus. Klar ist, Armut und soziale Spaltung nehmen zu, entscheidende Faktoren, die kriminelles Handeln begünstigen. Hier kann der Staat deutlich mehr handeln.

CDU und FDP setzen dagegen auf das volle Programm von „Mehr Strafe“: Die Jugendstrafe soll auf 15 Jahre erhöht und ein Warnschussarrest eingeführt werden. Die Berliner CDU will darüber hinaus bereits Kinder ab 12 Jahren bestrafen und fordert in fast allen Kriminalitätsbereichen höhere Strafen. Die Wirksamkeit darf getrost bezweifelt werden! Die hohe Rückfallquote bei jugendlichen Gefängnisinsassen beweist: Drei Viertel schaffen es – trotz eines Knastaufenthalts – nicht, straffrei zu leben. Das Problem ist also nicht, wie lange man im Knast bleibt, sondern was dort eigentlich passiert. Nicht mal die Hälfte aller jugendlichen Gefangenen können einen Ausbildungs- oder einen schulischen Abschluss im Knast machen. Gutes Personal wird eher weniger, die Zäune dafür höher und die Videokameras mehr. Die Gesellschaft zahlt jetzt schon mehr als 80 Euro täglich pro Gefangenen. Bei noch mehr Strafe können Investitionen in den Jugend- und Bildungsbereich gleich abgehakt werden; die wenigen Präventionsmaßnahmen bei der Polizei würden auf der Strecke bleiben.

Durch mehr Knast wäre der Aufschrei an der Rütli-Schule nicht verhindert worden. Auch nicht durch Buschkowskys Forderung, Sozialhilfe zu streichen, wenn die Kinder nicht zur Schule gehen. Vielleicht wäre die körperliche Anwesenheit an Problemschulen höher, aber er ignoriert, dass zu viele Menschen wegen ihrer sozialen und finanziellen Armut sich gar nicht erst der Chance öffnen, gute Bildung zu genießen. Beschimpfungen des Ex-Finanzsenators legen da noch einen drauf und beweisen eine einzigartige Hilflosigkeit von „denen da oben“.

Klar ist aber auch: nicht der Sarrazinsche Rassismus, nicht die Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit, auch nicht eine typisch jugendliche emotionale Lage rechtfertigen Straftaten. Wer sich nicht beherrschen kann, wer betrügt, wer abzieht, raubt



und ansticht, selbst wer mit Drogen Umgang hat, schwarz fährt oder Grafitti anbringt, wird bestraft. Besonders niedrig sind die Strafen nicht. Seit den 80er und 90er Jahren urteilen die Gerichte härter – die Zeit einer vermeintlichen Kuscheljustiz ist längst vorbei. Selbst bei Jugendlichen wurde die Sicherungsverwahrung eingeführt, das heißt ein Jugendlicher kann ohne Ende im Knast bleiben, wenn sein Hang zu schweren Straftaten festgestellt wird.

Es bleibt dabei: Niemand ist kriminell von Geburt an. Die Gesellschaft muss in einem guten Verhältnis Chancen bieten und gesellschaftsschädliches Verhalten mit Sanktionen und Strafen ausgleichen. Doch durch die zunehmende Armut, die schlecht organisierte und entwürdigende Grundsicherung und die ineffiziente Arbeitsvermittlung droht dieses Verhältnis zu kippen. Der Staat darf aus Hilflosigkeit nicht mit immer höheren

Strafen auf sozial bedingte Kriminalität reagieren. Denn ein Abschreckungserfolg durch hohe Strafen ist hier kaum möglich und war es selbst im Mittelalter nicht. Stattdessen sind frühe staatliche Bildung, Prävention, Unterstützung von Familien, soziale Sicherung und ein finanziell handlungsfähiger Staat die Schlüssel zur Bekämpfung der Jugendkriminalität, im jetzt und für Morgen.

Aber auch beim Verfolgen von Straftaten gibt es an manchen Stellen viel Nachholbedarf. Die Strafe muss schneller ausgesprochen werden, und dafür sind die Jugendgerichte und Staatsanwaltschaften und die Polizei besser auszustatten. Wir brauchen auch eine schnellere Intervention in konkreten brenzligen Einzelfällen und dafür wirklich mehr Personal. Und: wir brauchen viel mehr Betreuung in den Jugendstrafanstalten. Ohne Jugend- und Einzelfallhilfe, Präventionsangebote wie etwa die Kiezmütter hätte die Strafverfolgung noch mehr Arbeit.

Deswegen ist klar: Das größte Manko einer guten Arbeit gegen Jugendgewalt sind die leeren öffentlichen Kassen. Die Steuerpolitik von CDU und FDP macht dieses Loch noch größer. Höhere Strafen sind Augenwischerei und bringen fast gar nichts. Statt mehr Geld in hilflose Strafen und die Folgekosten zu verschwenden, muss die konkrete Situation von Jugendlichen noch vor dem Beginn des kriminellen Weges geändert werden.

FÜR VIELE JAHRE STACHEL-ARBEIT

Vielen Dank an Jürgen!

Lange Jahre hat Jürgen Biele den Neuköllner Stachel mitgestaltet, geprägt und weiterentwickelt. Unzählige Jahre war er in der Redaktion, seit 2006 als Koordinator, verantwortlicher Redakteur, Fotograf, Unter-der-Lupe-Kommentator und natürlich mit vielen journalistischen Beiträgen zu Themen aus Neukölln, Berlin und der ganzen Welt. Immer hat er eine noch schönere Seite Neuköllns für das Titelbild gefunden, uns andere zur pünktlichen Abgabe unserer Beiträge ermuntert, Artikel gekürzt und Seiten gestaltet.

Der Stachel war und ist eines der liebsten Druckerzeugnisse der Neuköllner Grünen und nicht nur der Grünen. Vor allem in Wahlkämpfen haben wir ihn tausendfach NeuköllnerInnen persönlich in die Hand gedrückt und uns über jedeN gefreut, die/der erst kopfschüttelnd an uns vorbei ging, dann langsamer wurde, sich umdrehte und mit einem „Ach der Stachel, den nehm ich gerne“ zugriff. Auch im Namen dieser treuen LeserInnen: Vielen Dank an Jürgen.

Hanna Schumacher und
Jochen Biedermann



Mauerstreifzüge

2010



2010 finden wieder die »Mauerstreifzüge« mit Michael Cramer statt – eine Gelegenheit für Sie, auf dem Rad und in Gesellschaft Geschichte zu erleben.

Die Berliner Abgeordnetenhausfraktion von Bündnis 90/Die Grünen lädt auch im Sommer 2010 zu den »Mauerstreifzügen« unter der Leitung von Michael Cramer ein, damit Sie Berlin auf neuen alten Wegen erkunden, Natur erleben und Geschichte(n) im wahrsten Sinn des Wortes erfahren können.

Die »Mauerstreifzüge« beginnen jeweils um 14 Uhr und finden bei jedem Wetter statt. Sie sind zwischen 20 und 30 Kilometer lang und werden nach Möglichkeit durch eine kleine Rast in einem Biergarten unterbrochen.

Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament
www.michael-cramer.eu

- | | |
|--------------|---|
| 29. Mai | Potsdamer Platz (historische Ampel) bis S-Bahnhof Adlershof |
| 12. Juni | S-Bahnhof Adlershof bis S-Bahnhof Lichterfelde Süd |
| 26. Juni | S-Bahnhof Lichterfelde Süd bis Volkspark Potsdam |
| 10. Juli | Volkspark Potsdam (Tram »Buga-Park«) bis Bahnhof Staaken |
| 24. Juli | Bahnhof Staaken bis Bahnhof Hennigsdorf |
| 7. August | Bahnhof Hennigsdorf bis S-Bahnhof Hermsdorf |
| 21. August | S-Bahnhof Hermsdorf bis S-Bahnhof Wollankstraße |
| 4. September | S-Bahnhof Wollankstraße bis Potsdamer Platz |

BÜNDNIS GEGRÜNDET

Bündnis Neukölln: Miteinander für Demokratie, Respekt und Vielfalt

Pöbelnde, teils betrunkene junge Männer mit sichtbar rechtsextremer Gesinnung attackieren Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen - verbal und oft auch körperlich. Dieses Bild prägte die Rudower Spinne in den vergangenen Jahren. Schmierereien und Aufkleber mit rechtsextremer Symbolik bestimmten das Straßensbild. Im Wahlkampf 2005 beschossen Rechtsextreme einen Infostand der Linkspartei mit Leuchtmunition, störten wiederholt Straßenfeste der SPD und griffen einen Infostand der CDU tätlich an. 2008 wurden Brandanschläge auf Häuser von MigrantInnen verübt.

Angesichts dieser Situation fanden sich 2006 engagierte RudowerInnen, Privat- und Geschäftsleute wie auch VertreterInnen des öffentlichen Lebens zum Aktionsbündnis Rudow zusammen. Dieses überparteiliche Bündnis hat seitdem durch Kundgebungen, Feste für Demokratie und Kunstaktionen einen wichtigen Beitrag zur Sensibilisierung der Bevölkerung für das Problem des Rechtsextremismus und dessen Bekämpfung geleistet.

Nach dem Rudower Vorbild hat sich jetzt ein Aktionsbündnis für den gesamten Bezirk Neukölln gebildet. Anlass waren die Nutzung öffentlicher Räume durch die NPD sowie Übergriffe auf Personen und Einrichtungen: So wurden u. a. die Fensterscheiben der Chile-Freundschaftsgesellschaft „Salvador Allende“ in der Jonasstraße und der Galerie Olga



Bild: Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (www.mbr-berlin.de)

Benario in der Richardstraße eingeworfen sowie das Türschloss der Geschäftsstelle der Neuköllner Grünen mit Kunststoffkleber unbrauchbar gemacht. Wiederholt wurden auf unseren Rollladen rechte Parolen gesprüht.

Ziel des Aktionsbündnisses ist ein breiter Zusammenschluss von Organisationen, Unternehmen, privaten und staatlichen Einrichtungen sowie Einzelpersonen, um den Rechten gemeinsam entgegen zu treten. Geplant ist, die gemeinsamen Proteste gegen rechtsextreme Veranstaltungen und Aktionen vorzubereiten und zu Gegendemonstrationen aufzurufen. Außerdem soll es einen kontinuierlichen Austausch über rechte Aktivitäten im Bezirk geben. Das Bündnis mobil-

siert breite Bevölkerungsschichten, vernetzt Akteure, entwickelt öffentliche Aktionsformen gegen gewaltbereiten Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und fördert Maßnahmen für Jugendliche, die von rechtsextremistischen Tendenzen gefährdet sind. Es versteht sich als Plattform für Information und Aktion.

Als Auftaktveranstaltung fand im Februar in der Evangelischen Schule eine Lesung des Grips-Theaters mit Texten von Inge Deutschkron unter dem Titel „Ab heute heißt du Sara“ statt. Weitere Lesungen sind geplant. Wer Interesse hat, beim Bündnis Neukölln mitzumachen, wende sich bitte an die Stachel-Redaktion.

Bertil Wewer

Grüne mit neuem Vorstand und Veränderungen in der Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen Neukölln haben ihren Vorstand neu besetzt. Bei der turnusmäßigen Wahl des Vorstandes wurden Katharina Ugowski und Martin Grafe auf der Mitgliederversammlung am Samstag, den 20.02.2010, zu SprecherInnen gewählt. Die weiteren Mitglieder des Vorstandes sind Mjügan Percin, Monika Roth, André Schulze und Bertil Wewer. Axel von Zepelin wurde als Finanzverantwortlicher in seinem Amt bestätigt.

Außerdem hat die Mitgliederversammlung eine neue Satzung für die Neuköllner Grünen verabschiedet. Diese löst die alte Satzung von 1989 ab. Die Neufassung stärkt unter anderem die Befugnisse der Bezirksgruppe als Gremium und gibt der Zusammen-

arbeit zwischen Partei und BVV-Fraktion eine satzungsgemäße Grundlage. Die neue Satzung steht in Kürze auf der Homepage zum Download bereit.

Auch in der bündnisgrünen Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) gab es Veränderungen: Für die ausgeschiedenen Fraktionsmitglieder Horst Voigt und Jürgen Biele rückten die bisherigen Vorstandsmitglieder Martin Kupfer und Jochen Biedermann nach. Martin Kupfer vertritt die Grünen in den Ausschüssen für Eingaben und Beschwerden, Natur und Grün sowie im Kleingartenbeirat, Jochen Biedermann im Stadtentwicklungs- und im Wirtschaftsausschuss.

Redaktion



Der neue Vorstand (v.l.n.r.): Monika Roth, Bertil Wewer, Katharina Ugowski, André Schulze, Martin Grafe, Axel von Zepelin. Es fehlt: Mjügan Percin

BERTIL WEWER AUSGEZEICHNET

Neuköllner Ehrennadel



Einmal im Jahr verleiht das Bezirksamt die Neuköllner Ehrennadel als höchste Auszeichnung des Bezirks an Bürgerinnen und Bürger, die sich um den Bezirk verdient gemacht haben. Diese Auszeichnung wird nur an Personen außerhalb des politischen Bereichs vergeben.

Im Dezember 2009 wurden im Rahmen einer Feierstunde im Schloß Britz für ihr herausragendes ehrenamtliches Engagement geehrt: Die Autorin und ZDF-Redakteurin Güner Yasemin Balci („Arabbay“), der „Stars in Concert“-Produzent Bernhard Kurz, die Leiterin der Gartenarbeitsschule und Vorsitzende des Kulturnetzwerkes Auguste Kuschnerow, die „Mutter“ der Stadtteilmütter in Neukölln Maria Macher, der Vorsitzende der Schwimmgemeinschaft Neukölln Michael Steinke sowie der Sprecher der Betroffenenvertretung

im Sanierungsgebiet Wederstraße Bertil Wewer.

Jahrzehntelange Planungsunsicherheiten über die Weiterführung der Autobahn A 100 hatten das Gebiet rund um die Wederstraße negativ beeinflusst: Instandsetzungen von Häusern und Wohnungen unterblieben und es siedelten sich zunehmend kleine KFZ-Handelsbetriebe an, die kurzfristige Mietverträge nicht störte. Auf Initiative des Bezirks Neukölln wurde 1994 die Betroffenenvertretung Wederstraße als „Bürgerinitiative von oben“ gegründet. Sie ist Sprachrohr der HauseigentümerInnen, der Gewerbetreibenden und der ArbeitnehmerInnen sowie den MieterInnen im Sanierungsgebiet. Viel wurde durch das Sanierungsgebiet erreicht, so der Schulgarten mit Lehmhaus und benachbartem Kulturbunker in der Rungiusstraße, die Erweiterung der Zürich-Grundschule, das Gewerbegebiet „Juliusshof“, der Carl-Weder-Park, das Jugendberatungshaus oder die Verkehrsberuhigung in der Glasower Straße. Obwohl noch nicht alle Sanierungsziele erreicht wurden, wird die Wederstraße in diesen Tagen aus der Sanierung entlassen. Dabei bräuchte das Gebiet aufgrund der Sozialstrukturdaten dringend weitere Unterstützung, z.B. aus Mitteln der Sozialen Stadt (Quartiersmanagement). Bertil Wewer hat sich erst als Kassenwart, dann als Sprecher der Betroffenenvertretung ehrenamtlich für sein Wohnumfeld engagiert. Er hat den Verein pro-Neubritz e.V. als Nachfolger der Betroffenenvertretung initiiert und ist dessen Vorsitzender.

Neues aus Neubritz

Erfolgreiche Arbeit des KranoldWederNetzes - Forderung nach Quartiersmanagement als Nachfolge für Sanierungsgebiet

Im September 2009 hatte das „KranoldWederNetz“, ein Zusammenschluss von Kitas, Schulen, Kirchengemeinden und anderen lokalen Akteuren ein interkulturelles Frühstück auf dem Kranoldplatz veranstaltet. Von dem Erfolg überrascht und angespornt, folgte Ende November ein interreligiöses Advents-/Opferfest in dem sonst leer stehenden ehemaligen Kaiser's-Laden zwischen Delbrück- und Glasower Straße. Dabei gab es für die weit über 200 Kinder, Jugendlichen und Eltern aus Neubritz über zwei Stunden lang ein buntes Programm aus Musik- und Tanzdarbietungen.

Möglich gemacht hatte die Veranstaltung ein Kontakt zum „Runden Tisch nördliches Britz“. Hier treffen sich auf Einladung des Baustadtrates Thomas Blesing (SPD) und der Jugendstadträtin Gabi Vonnekold (Grüne) u. a. drei große Wohnungsbau- und Baugesellschaften. Mit einem Spendenaufruf an Gewerbetreibende war es dem „Runden Tisch“ gelungen, dass das Spielmobil im Sommer über mehrere Wochen in Neubritz Station machte. Und durch Unterstützung der drei Wohnungsbau- und Baugesellschaften war es möglich, das Talente-Projekt der Bürgerstiftung Neukölln auf die Zürich- und die Teltowkanal-Grundschule auszuweiten.

In den ehemaligen Kaiser's-Laden könnte bald neues Leben einziehen: Das „KranoldWederNetz“ will hier ein inter-

kulturelles und interreligiöses Stadtteilzentrum errichten. Die Chancen hierfür stehen nicht allzu schlecht, da die Glasower Straße jetzt zu den „Aktionsräumen plus“ zählt. Insofern hat es sich offenbar gelohnt, im letzten Jahr die Forderung nach Einbeziehung in das Programm „Soziale Stadt“ (Quartiersmanagement), öffentlich - u.a. in einer gut besuchten AnwohnerInnenversammlung - vorzutragen.

Allerdings wird bei dem „Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin 2009“ („Häußermann-Studie“) das Gebiet zwischen Autobahn und Teltowkanal ausgespart. Das widerspricht dem neuen „Lebensraumkonzept“ der Aktionsräume. Denn die Akteure vor Ort definieren „ihren“ Lebensraum nicht nur um die Glasower Straße, sondern durch Anbindung mit dem Carl-Weder-Park über die Autobahn

bis hin zum Teltowkanal. Das würde den Strukturen des zu Ende gehenden Sanierungsgebiets Wederstraße und den Aktionsräumen des „Runden Tisches nördliches Britz“ besser entsprechen. Da die „Aktionsräume plus“ im 1. Quartal 2010 zwischen den Ressorts abgestimmt und dem Senat zur Beschlussfassung vorgelegt werden sollen, bleibt nicht mehr viel Zeit, die Handlungsansätze von Statistikerinnen und Städteplanern positiv zu beeinflussen.

Der Verein proNeubritz e.V., der sich als Nachfolgeorganisation der Betroffenenvertretung Wederstraße gegründet hat und im Herbst 2009 in das Vereinsregister eingetragen wurde, hat die Gemeinnützigkeit beantragt und steht als Träger für Projekte zur Verfügung.

Bertil Wewer



PORTRAIT

Magdalena Schaffrin: Öko-Mode aus Neukölln

Größer könnte der Kontrast kaum sein. Keine 100 Meter entfernt auf der Karl-Marx-Straße werben große Textilketten mit knallbunten Plakaten für ihre Sonderangebote und neue Kollektionen billiger Klamotten. Magdalena Schaffrin verfolgt das genau gegenteilige Konzept. Die Hosen, Hemden, Blusen, Röcke und Kleider in ihrem Atelier in der Ganghofer Straße sind schlicht, edel und zeitlos. Die Designerin geht ganz bewusst ihren Weg abseits des schnelllebigen Zeitgeschmacks, will ein Zeichen setzen für mehr Nachhaltigkeit in der Modewelt.

Auf der Musterstange in ihrem Atelier dominieren Schwarz, Weiß und Grau. Raffinierte Schnitte lassen die edlen Materialien erst richtig zur Geltung kommen. Magdalena Schaffrin greift nach einem luftigen Oberteil und lässt den fließenden Stoff liebevoll durch ihre Finger gleiten. „Fühlt sich das nicht toll an? Das ist rein ökologische Seide. Die Raupen bekommen nur Bio-Futter, die Maulbeerbäume werden nach Demeter-Standard angebaut“, schwärmt sie, macht eine kurze Pause und sagt lächelnd: „Es macht einfach Spaß, solche Materialien zu finden und zu verarbeiten.“

Magdalena Schaffrin verarbeitet nur Naturmaterialien wie Wolle, Baumwolle, Hanf und Seide. Viskose lehnt sie ab, weil bei der Herstellung giftige Substanzen entstehen. Die

meisten ihrer Stoffe bezieht sie aus Deutschland. Wo das nicht geht – wie bei der Seide – nimmt sie gern einen größeren Rechercheaufwand in Kauf, um an gute Öko-Ware zu kommen.

Einige Teile in Magdalena Schaffrins Atelier erinnern an Mode aus den 1920er Jahren. „Ich lasse mich oft von Fotos aus alten Alben, die ich auf Flohmärkten kaufe, inspirieren. Gerade die 1910er und -20er Jahre symbolisieren für mich eine große Aufbruchstimmung und stehen für die Befreiung der Frau in der Mode. Das gefällt mir“, erläutert sie ihre Philosophie. Damit trifft die 30-Jährige offenbar den Geschmack von Frauen und Männern, die bei der Arbeit nicht im Einheits-Business-Look rumlaufen wollen, sondern etwas Exklusives haben möchten. „Meine Zielgruppe sucht nicht in erster Linie nach Öko-Kleidungsstücken. Hauptsache ist, dass die Sachen gut aussehen und passen. Wenn sie dann noch ökologisch hergestellt sind – umso besser“, sagt Magdalena Schaffrin ganz pragmatisch.

Nachhaltigkeit bedeutet für Magdalena Schaffrin aber nicht nur, ökologisch produzierte Stoffe zu verarbeiten. „Genauso wichtig wie die Materialien ist die Qualität der Verarbeitung und die Zeitlosigkeit der Schnitte“, erklärt sie. „Idealerweise halten meine Sachen eine ganze Generation lang.“ Ganz bewusst unterwirft

sie sich deshalb auch nicht dem Diktat der mindestens zwei Mal im Jahr wechselnden Kollektionen: „Meine Kollektion wächst dynamisch, es fliegt kaum etwas raus, dafür kommen immer wieder neue Teile dazu.“ Was den Vorteil hat, dass man ein Lieblingsstück in der Regel auch nach Jahren noch nachkaufen kann, sollte es zum Beispiel nicht mehr passen.

Magdalena Schaffrin versucht, auch andere Hersteller von Öko-Mode von diesem Konzept zu überzeugen. Weil normale Modemessen nicht der richtige Ort für ihr Konzept sind, hat sie mit einer Partnerin, die Taschen aus Öko-Leder produziert, eine eigene Messe ins Leben gerufen: den „Greenshowroom“. Bislang hat die Messe zweimal stattgefunden, in Berlin und Paris, der dritte Termin – wieder in Berlin – ist schon für den Sommer geplant. Dort gibt es keine Sommer- oder Winterkollektion, sondern nur die „Global Season“.

Im Dezember 2009 ist Magdalena Schaffrin mit dem Berliner Umweltpreis des BUND in der Kategorie „Wirtschaft und Innovation“ ausgezeichnet worden. „Mit ihrem Engagement ist sie beispielgebend für einen nachhaltigen Trend in der Mode. Durch Ihre Initiative eines Greenshowrooms hat sie eine Plattform für ökologisches Design geschaffen und die Themen Ökologie und Nachhaltigkeit in der Modewelt weiter etabliert.“



Foto: Marcus Lapp

Unternehmerinnen wie Magdalena Schaffrin sind die Wegbereiter für einen nachhaltigen Lebensstil“, heißt es in der Begründung der Jury.

Und das alles mitten in Nord-Neukölln? „Früher habe ich in Prenzlauer Berg gewohnt“, erzählt Magdalena Schaffrin. „Da hatte ich immer das Gefühl, mich schick anziehen zu müssen und nicht ich selbst sein zu können. Hier fühle ich mich viel freier. Der Kiez ist vielfältig, immer mehr Künstler und Designer ziehen hier hin. Und es gibt tolle Wohnungen für wenig Geld“, lautet ihre Liebeserklärung an Neukölln.

Der Standort Neukölln hat für die Designerin einen weiteren Vorteil:

Sie lässt ihre Musterstücke bei „Sieben auf einen Streich“ nähen. Das soziale Projekt hat es sich zur Aufgabe gemacht, arabischstämmige Frauen aus der Beschäftigungslosigkeit zu holen. Die Frauen erhalten Nähkurse und führen dann Aufträge wie den von Magdalena Schaffrin aus. „Das Konzept passt hervorragend zu meiner Einstellung, deshalb arbeite ich gern mit den Frauen zusammen. Das Projekt ist ganz toll, das müsst ihr unbedingt auch mal im ‚Stachel‘ vorstellen“, wirbt Magdalena Schaffrin für ihre Partnerinnen. Machen wir, versprochen!

Katharina Ugowski

URLAUBS-ERINNERUNGEN AN DAS „INSTANDBESETZERKOLLEKTIV BAUERNHOF“

Mit Hühnern und Kaninchen gegen die A 100



Kaum war die Mauer gefallen, machte ich mich auch schon auf den Weg. Nach Schulzeit und Kindergarten in der niedersächsischen Provinz verließ Berlin einen atemberaubenden Aufbruch. Es war eine Mischung aus alter Filmkulisse mit



grauen Hinterhöfen, einer DDR ohne DDR-Bürger und einem Westberlin, in dem die Autofahrer aus alter Gewohnheit immer noch um die Lücken in der Mauer herumfuhren, die mich besonders reizte.

Mit FreundInnen hergetrampt, war jeder Schritt ein Abenteuer. Nur noch der passende Schlafplatz fehlte, einer, den sich auch Menschen ohne Geld leisten können.

Fündig auf der Suche nach einem Rückzugsort für meine Berlin-Streifzüge wurde ich in Neukölln. Nicht nur die DDR hatte sich eingemauert und die Zeit in ihren ergrauten Bezirken angehalten. Nein – ähnliche Wunder hatte auch die A 100 vollbracht. Rund um die Wederstraße erblühte ein fast schon vergessenes Biotop, das von IdealistInnen, LebenskünstlerInnen, Menschen mit wenig Geld und von unternehmenslustigen MigrantInnen am Laufen gehalten wurde. Den Eingang zur Straße bildete eine Autoreparaturwerkstatt. Auf alte Autowracks und Blumen im brüchigen Pflaster folgten vereinzelte Kleingärten, schiefe Häuser, endlose Abstellplätze für bewohnte Wohnwagen und immer neue, ebenso zeitlose Nebenstraßen. Wer einmal die „Nebel von Avalon“ gelesen hat, wird das Gefühl verstehen, einfach in einer anderen Zeit gelandet zu sein.

Das Herz dieses Elfendlandes war das „Instandbesetzerkollektiv Bauernhof“. Seit den 70er Jahren hielten hier die BewohnerInnen die Fahne des Widerstandes gegen die A 100 hoch – und

konnten sich dabei auf die uneingeschränkte Solidarität ihrer Hühner, Kaninchen und Katzen verlassen. Hinter einem urigen Gartentor mit einem Schild mit dem bekannten Text „erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fisch gefangen etc. ist, werdet ihr feststellen, dass man Geld nicht essen kann“ gaben mehrsprachige Pappschilder detaillierte Anweisungen zum richtigen Füttern des Getiers. Vor dem aufgemalten Fachwerk des besetzten Hauses und seinem malerischen bäuerlichen Innenhof versammelte sich regelmäßig eine international zusammengesetzte Kinderschar und war stolz auf ihren Streichelzoo. Rechts hinter dem Gartentor ging es ins Gästehaus. 5 DM Spende für die Initiative gegen den Autobahnbau – und ich konnte hier wieder ein paar Nächte schlafen. Die Küche ging auf den Hühnerkäfig hinaus, und nicht selten verirrte sich nicht nur ein Frühstücksei, sondern gleich ein ganzes Huhn auf den vergammelten Tisch.

Zur Dusche ging es ins nahe Stadtbad Neukölln. 2 DM für ein bisschen Wärme und Sauberkeit kam mir teuer vor, aber das herrschaftliche Treppenhaus des Bades entschädigte für Einiges.

Der Widerstand gegen den Autobahnbau brachte mir eine zweite Heimat für regelmäßige Ausbrüche aus dem Studienalltag und meiner nach wie vor niedersächsischen Heimat. Auf dem kleinen Innenhof in Neukölln fand ich unter Fachwerk eine innere Ruhe, die mir die weite Landschaft um Bremen kaum bringen konnte.

Der Schock ereilte mich, als ich nach einem Jahr wieder in der We-

derstraße anrufen wollte. Niemand nahm ab. Verständnislos und irritiert suchte ich mir ein anderes Quartier, und als ich abends nach meinem studentischen Kongress an der FU nach Neukölln hinausfuhr, war da nur noch eine geplante Ebene, unter der die Autobahn hindurchrauschte. Von der Wederstraße war nur noch das Straßenschild geblieben. Ich erfuhr nie, was aus den BewohnerInnen geworden war, wo die Kinderschar geblieben ist und wohin die Hühner, Kaninchen, WagenbewohnerInnen und Automonteur geflohen sind. Mir machte der Stich in meiner Brust nur klar: was ich hier verloren hatte, war nicht nur eine Urlaubs Erinnerung, sondern es war ein Stück Heimat – und seitdem trauere ich um jeden Teil Neuköllns, der seinen Charakter und seine Le-



bensfreude verliert. Ich habe gelernt: Der A 100 stehen nicht nur Gebäude und ein Straßenbild im Weg. Es ist eine ganze Lebenskultur in Kiezen, die eben nicht einfach nur zweckmäßig sind, sondern Herz haben – und Zeit. Höchste Zeit, alles dafür zu tun, damit sich dieser Blutsauger an Lebensfreude und nachbarschaftlicher Energie nicht weiter durch die Stadt frisst!

Michael Schröter

